

Strategie Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft in Hessen

Präambel

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg grundlegend verändert. Die hessische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft leistet schon heute einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Souveränität. Mit der vorliegenden Strategie möchte die Hessische Landesregierung die Rahmenbedingungen für die heimische Industrie weiter verbessern, um noch resilienter zu werden und erwartet, dass die Verteidigungsmilliarden des Bundes die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr stärken, aber auch die Konjunktur Deutschlands ankurbelt. Die Strategie fokussiert sich dabei auf die Bedürfnisse der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft und stellt damit nur einen Teil der strategischen Ausrichtung auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Die Abwehr von Gefahren – etwa durch Spionage oder Cyberangriffe – und die Stärkung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit soll bei der vorliegenden Strategie immer mitgedacht werden.

1.) Priorisierung der Unternehmen und Internationalisierung der Märkte

Die in Hessen beheimateten Unternehmen im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft leisten mit ihren innovativen Produkten und Systemen einen wesentlichen Beitrag zur Ausrüstung der Bundeswehr, der Sicherheitsbehörden, der verbündeten NATO-Staaten und des Katastrophenschutzes. Die Hessische Landesregierung vertritt die Auffassung, dass nationale und europäische Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen der Bundeswehr vorrangig zu berücksichtigen sind – auch um Abhängigkeiten zu reduzieren und resiliente Lieferketten zu gewährleisten – und adressiert diese Forderung auch weiterhin an die Bundesregierung in Berlin. Weiterhin setzen wir uns für die verstärkte Berücksichtigung von hessischen Unternehmen bei länderübergreifenden Produktionsprojekten ein.

Wir unterstützen unsere Unternehmen bei der Internationalisierung möglicher Beschaffungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Das von der Hessischen Landesregierung initiierte und landesweit koordinierte Vorgehen soll sicherstellen, dass hessische Unternehmen von den zusätzlichen, auf Bundes- und EU-Ebene bereitgestellten Mitteln profitieren. Zugleich soll es den hier ansässigen Unternehmen besseren Zugang zu Aufträgen der NATO und anderer NATO-Partner ermöglichen. Außerdem unterstützt die Hessische Landesregierung die Vorschläge der EU-Kommission zu einer gemeinsamen

europäischen Beschaffung von Gütern und Diensten zu Sicherheits- und Verteidigungszwecken, und somit einem gemeinsamen Verteidigungs-Binnenmarkt. Gleichzeitig wird sich die Landesregierung für eine Lockerung der Exportkontrolle einsetzen, um die Erschließung weiterer Absatzmärkte zu ermöglichen. Wir prüfen zudem geeignete Maßnahmen, um kleinen und mittleren Unternehmen die Teilnahme an größeren Ausschreibungen zu ermöglichen und regen die Diskussion über den möglichen Einsatz von sogenannten Government to Government (G-2-G) Modellen bei der Bundesregierung an.

2.) Stärkung der unternehmerischen Resilienz durch Planbarkeit

Planbarkeit ist eine der wesentlichen Säulen, auf der unternehmerischer Erfolg basiert. Nur wenn klare und verlässliche Rahmenbedingungen bestehen, können Unternehmen ihre Investitionen effektiv planen. Die Bundeswehr und die Sicherheitsbehörden benötigen jederzeit verfügbares sowie kurzfristig beschaffbares zuverlässiges Material und Ausrüstung. Insbesondere die Entwicklung und Herstellung komplexer Rüstungsgüter und -dienstleistungen erfordern auf Ebene der produzierenden Unternehmen aber eine längerfristige Planung. Gleiches gilt für die Unternehmen, die Geräte und Material der Bundeswehr warten, reparieren oder ertüchtigen, sowie für Unternehmen, die künftig Produkte in die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft einbringen möchten. Die Hessische Landesregierung setzt sich daher dafür ein, dass die Unternehmen für ihre mittel- und langfristigen Investitionen in Deutschland und in Hessen eine Planungssicherheit erhalten, indem auch eine grundsätzliche Bevorratung und Produktion „auf Halde“ bzw. Produktionskapazität aus Bundesmitteln, finanziell unterstützt werden.

3.) Beschleunigung von Prozessen durch Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung und Entbürokratisierung

Die bisherigen Entwicklungs- und Beschaffungszyklen und -prozesse sind zu starr, zu unflexibel und dauern zu lang. Die Hessische Landesregierung tauscht sich vor diesem Hintergrund mit dem Bund über Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachungen und -beschleunigungen auf Bundes- und EU-Ebene aus und unterstützt geeignete Initiativen auf Bundesebene, um hessische Unternehmen bei der Akquise von Aufträgen des BMVg zu unterstützen. Beschleunigungen gilt es dabei auch im Rahmen von kurzfristigen Bedarfen und Beschaffungen, der Ausfuhr von Produkten, des Anhebens von Beschaffungsfreigrenzen sowie der Qualifizierung und Sicherheitsüberprüfung von Arbeitskräften zu prüfen.

Zugleich unterzieht die Hessische Landesregierung die im Land selbst bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen einer kritischen Überprüfung. Wir wollen unsere hessischen Unternehmen im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft entlasten und sie vor allem bei Unternehmenserweiterungen, Unternehmensgründungen und Standortentwicklungen schnell und effizient unterstützen. Durch die Etablierung eines einheitlichen Ansprechpartners in der Hessischen Landesregierung werden alle Prozessschritte zudem im Sinne einer verbesserten und beschleunigten Zusammenarbeit koordiniert.

4.) Zugang zu Rohstoffen sicherstellen

Die Rüstungsindustrie ist auf kritische Materialien angewiesen. Sind diese Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße vorhanden, kann sich dies massiv auf den Ausbau der Rüstungsproduktion auswirken. Die Hessische Landesregierung spricht sich daher dafür aus zu prüfen, welche kritischen Rohstoffe in Deutschland gehoben werden können und welches Potenzial die Kreislaufwirtschaft als Quelle relevanter Rohstoffe dabei haben kann. Sie möchte zudem die Transparenz bei den Lieferketten steigern, um Engpässe frühzeitig zu erkennen und Planbarkeit und Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Die Lagerhaltung wichtiger Rohstoffe soll deutlich ausgeweitet und die Unabhängigkeit durch neue Handelsabkommen mit weiteren Ländern gestärkt werden.

5.) Forcierung des Wiedereinstiegs in Forschung, Entwicklung und Innovation

Die Hessische Landesregierung wird die Unternehmen bei der Akquise von Fördermitteln aus Landes-, Bundes- und EU-Programmen im Bereich der Verteidigung unterstützen. Dadurch soll die Forschung und Entwicklung in den Unternehmen, der Technologietransfer und die zivilmilitärische Zusammenarbeit gestärkt werden. Ferner wird die Hessische Landesregierung bei von ihr aufgelegten oder begleiteten Finanzierungsinstrumenten (Fondsfinanzierung, Bürgschaften) eine Öffnung des Förderzwecks prüfen. Die Hessische Landesregierung wird die Hochschulen dabei unterstützen, die Friedens- und Konfliktforschung, Sicherheitsforschung und sicherheitsbezogene Forschungsansätze weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch eine Unterstützung der Hochschulleitungen bei der Überprüfung von Zivilklauseln. Sie unterstützt die Forschung an Themen der Sicherheit und Verteidigung. Hessen bringt sich bereits intensiv in Pläne zur Einrichtung von „Innovation Hubs“ für Sicherheit und Verteidigung ein und setzt sich dafür ein, eine solche Einrichtung nach Hessen zu holen.